



ZENTRUM

Deutsche Zentrumspartei

Älteste Partei Deutschlands - gegründet 1870

Gerhard Woitzik
Kreistagsabgeordneter

Straberger Weg 12
41542 Dormagen

Telefon: (02133) 9 12 31
<http://www.deutschezentrumspartei.eu>
gerhard.woitzik@zentrumspartei.eu

Haushaltsrede

zum Kreishaushalt 2011

– Kreistagssitzung am 30. März 2011 -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie in den Vorjahren, so werden auch in diesem Jahr die kreisangehörigen Städte und Gemeinden von ihrem Rhein-Kreis Neuss sehr enttäuscht sein.

Wir alle wissen, in welchen finanziellen Schwierigkeiten sich unsere Gemeinden befinden und wie schwierig es für sie ist, ihre Haushaltspläne auszugleichen.

Die meisten von ihnen müssen auf die letzten Bestände ihrer Ausgleichsrücklage zurückgreifen; einige von ihnen verfügen aber über keine Rücklagen mehr.

Demgegenüber befindet sich der Rhein-Kreis Neuss in einer sehr komfortablen Lage; er verfügt aktuell immerhin noch über eine Ausgleichsrücklage in einer Höhe von rund 36 Mio. Euro.

Wie die Entwicklungen aus 2009 und 2010 zeigen, konnte der Rhein-Kreis Neuss auf die in den jeweiligen Haushaltsplänen veranschlagten „Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage“ beim Jahresabschluss sogar verzichten.

Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass auch in 2011 eine vorgesehene Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von rund 12,6 Mio. Euro entbehrlich sein könnte.

Hier wird also ein Spielraum erkennbar, der zu Gunsten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden genutzt werden könnte.

Im Ergebnis würde sich dies so darstellen, dass im Haushalt 2011 die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage über weitere 10 Mio. Euro auf nunmehr rund 23 Mio. Euro aufgestockt werden müsste, damit die Kreisumlage 2011 nicht erhöht werden muss.

Es bliebe dann wie in 2010 beim Hebesatz von 42,2 v. H. und die verbleibende Ausgleichsrücklage würde selbst bei voller Inanspruchnahme beim Jahresabschluss 2011 immer noch einen Bestand von 13 Mio. aufzuweisen haben.

Damit würde der Rhein-Kreis Neuss, den von allen acht kreisangehörigen Städten und Gemeinden erhobenen Forderungen auf die vorgesehene Anhebung des Hebesatzes für die Kreisumlage zu verzichten, in vollem Umfange entsprechen.

Die Umsetzung dieses Vorschlages der Zentrumspartei würde letztlich das Volumen der Kreisumlage zu Gunsten der Städte und Gemeinden um weitere rund 10 Mio. Euro reduzieren, so dass sie gegenüber dem Vorjahr um rund 22 Mio. Euro entlastet würden.

Ein Beispiel hierzu:

Für die Stadt Dormagen würde dies eine Verminderung der Kreisumlage von rund 2 Mio. Euro ergeben.

22 Mio. Euro weniger Kreisumlage, dies wäre eine Größenordnung, die den Haushalt 2011 aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden spürbar entlasten würde.

Ganz abgesehen davon, welche Freude ein solches Entgegenkommen bei ihnen auslösen würde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Zusammenhang möchte ich Ihr Augenmerk darauf richten, dass der Rhein-Kreis Neuss über den Bestand der Ausgleichsrücklage von jetzt 36 Mio. Euro hinaus auch noch über einen durchaus respektablen Fundus verfügt, und zwar über eine „Allgemeine Rücklage“ in Höhe von sage und schreibe rund 82 Mio. Euro.

Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass die Allgemeine Rücklage letztlich wie die Ausgleichsrücklage zum Ausgleich eines Defizits in Anspruch genommen werden könnte.

Eine solche Ausgleichsfunktion wird in der Gemeindehaushaltsverordnung dokumentiert, wonach diese Rücklage ebenso wie die Ausgleichsrücklage und etwaige Sonderrücklagen dem Eigenkapital zugerechnet werden.

Insoweit erfüllt die Allgemeine Rücklage eine Art Pufferfunktion, um die Schwankungen der Jahresergebnisse aufzufangen.

Der Rhein-Kreis Neuss sollte sich deshalb bei den künftigen Haushaltsberatungen mit der Frage beschäftigen, inwieweit die Allgemeine Rücklage in Höhe von rund 82 Mio. Euro in den kommenden Jahren zum Haushaltsausgleich herangezogen werden kann.

Meines Erachtens eröffnet sich für den Kreis eine zusätzliche Chance, die insbesondere zur Überwindung der Finanzkrise in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in den kommenden Jahren entsprechend genutzt werden könnte.

Sehr geehrte Damen und Herren,
leider muss ich erneut feststellen, dass der Rhein-Kreis Neuss bei den diesjährigen Haushaltsberatungen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens bei der Aufstellung des Haushalts wiederum nicht den notwendigen Respekt entgegen gebracht hat.

Ganz offensichtlich hat man sich im Finanzausschuss nicht im Detail mit ihren Stellungnahmen befasst, wie es von ihnen erwartet werden kann.

Aus den Niederschriften ergeben sich jedenfalls dafür keine Anhaltspunkte.

Alles in allem sieht es vielmehr so aus, als würde der Rhein-Kreis Neuss die Beteiligung seiner Städte und Gemeinden nicht ernst nehmen.

Deshalb sieht sich die Zentrumspartei veranlasst, die Mitglieder des Kreistages eindringlich zu bitten, sich bei den künftigen Haushaltsberatungen der Sorgen seiner kreisangehörigen Gemeinden auch mit aller Ernsthaftigkeit anzunehmen.

Ja, es sollte sogar überlegt werden, ob der Rhein-Kreis Neuss künftig zu diesem speziellen Beratungspunkt einen Vertreter aus den Reihen der Bürgermeister und Kämmerer zu Worte kommen lässt.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist sicher im Sinne aller Kreistagsmitglieder, dass die Schulden des Rhein-Kreises Neuss, die derzeit rund 78 Mio. Euro betragen, möglichst schnell abgebaut werden, damit die Aufwendungen für den Kapitaldienst anderweitige Spielräume schaffen.

Von einem Schuldenabbau, wie er auch aus den Reihen des Kreistags nach außen propagiert wird, kann jedoch nicht die Rede sein.

Der Schuldenstand verändert sich vielmehr kontinuierlich durch die zwangsläufig zu erbringenden Tilgungsbeträge für die aufgenommenen Kredite.

Insofern wird der Schuldenabbau vom Kreistag selbst in keiner Weise beeinflusst.

Eine Beeinflussung käme nur dann in Betracht, wenn Sondertilgungen vorgenommen werden würden.

Beim Rhein-Kreis Neuss sieht es in 2011 so aus, dass der Schuldenstand nicht verringert, sondern vielmehr um 2,8 Mio. Euro erhöht wird.

Dies ist nämlich die Summe, die in der Haushaltssatzung als Kreditaufnahme für 2011 ausgewiesen ist.

Dieser Betrag ist im Falle seiner Realisierung dem Schuldenstand per 31.12.2011 in Höhe von rund 73 Mio. Euro hinzuzurechnen, so dass der Schuldenstand im Falle der Kreditaufnahme auf rund 76 Mio. Euro ansteigen würde.

Dies sind die Realitäten, die sich allerdings anders darstellen, als dies öffentlich behauptet worden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zentrumspartei würde sich freuen, wenn sich der Kreistag demnächst mit unseren Anregungen und Vorschlägen, die hauptsächlich auf die Finanzkrise in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ausgerichtet sind, beschäftigen würde.

Die vorangehenden kritischen Ausführungen hindern die Zentrumspartei jedoch nicht daran, dem Haushalt 2011 zuzustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.